

Infodienst

4/2010 Juli/August 2010



Inhalt

TITEL: Modellprojekte

FINANZIERUNG

NACHRICHTEN

LITERATUR / MEDIEN

VERANSTALTUNGEN

Impressum

IBPro e.V.

Lindwurmstr. 129e, 80337 München,

Tel. (089) 47 50 61

(Mo 13-16 Uhr und Di, Mi, Do 9-12 Uhr),

Fax (089) 4 70 59 20,

Internet: <http://www.ibpro.de>,

E-Mail: info@ibpro.de

Redaktion: Dieter Harant

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für die Richtigkeit der Beiträge kann keine Haftung übernommen werden.

INFODIENST erscheint zweimonatlich, er ist kostenlos; Am Ende des Jahres bitten wir Sie um einen freiwilligen Kostenbeitrag.

IBPro wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München gefördert.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 2010

Modellprojekte

Immer wieder gibt es Ausschreibungen zu so genannten Modellprojekten, aktuell z. B. der ESF-Projektwettbewerb „Arbeit.innovativ“. Es handelt sich dabei um befristete Förderungen, die das Ziel haben, modellhaft zu wirken und innovative Ansätze zu fördern.

Anlass sind meist öffentlich gebrandmarkte Missstände (Fremdenfeindlichkeit, Bildungsnotstand, Lehrstellenmangel, uvm.) oder auch ganz profan nicht verausgabte Budgets.

Dankenswerterweise hat sich die Zeitschrift Sozial Extra in ihrer Sommerausgabe diesem Thema, das vor allem im sozialen Umfeld sein (Un)Wesen treibt, angenommen. In verschiedenen Artikeln werden die immanenten offensichtlichen und weniger offensichtlichen Haken und Ösen aber auch Stärken dieser Finanzierungsform dargestellt.

Sinn von Modellprojekten

Die Ziele der Förderer sind unterschiedlich. Bei öffentlichen Programmen scheint manchmal der PR-Effekt im Vordergrund zu stehen, die Öffentlichkeit soll sehen, dass Politik ein Problem aktiv aufgreift. Leider verpufft der Effekt häufig ebenso schnell, da es meist nicht um nachhaltige Lösungen geht. Ein positives Beispiel sieht Wolfram Schneider (Stadtplaner) dagegen im Programm Soziale Stadt, die im Bereich Gelsenkirchen mehrere positive und auch nachhaltige Effekte hatte. Hier wurde die Förderung als Experimentierfeld für neue Ansätze genutzt und auch die Möglichkeit einer Weiterförderung geschaffen, beispielsweise für den Bereich Sprachförderung, manche Projektidee wurden auch ehrenamtlich fortgeführt.

Private Stiftungen wollen, wie Christian Petry (ehemaliger Geschäftsführer der Freudenberg-Stiftung) bemerkt, antizyklisch handeln, sie wollen „...also nicht das finanzieren, was ohnehin für wichtig gehalten wird, sondern das, was noch nicht oder gerade nicht mehr Mode ist.“ Ebenso sieht er die befristete Förderung als Notwendigkeit, „wenn man die gesellschaftliche Jokerfunktion nicht verlieren will.“ Allerdings gerät man zunehmend in den Zwiespalt zwischen kurzfristiger Förderung und dem gleichzeitigen Bestreben nach Nachhaltigkeit für bewährte Ansätze, da öffentliche Haushalte die Weiterfinanzierung seit geraumer Zeit nicht mehr leisten können. „Es ist im Gegenteil so, dass viele öffentliche Haushalte zu kurzfristigen Projektfinanzierungen zur Bewältigung langfristig wirkender Probleme übergegangen sind.“ Merkt Christian Petry an.

Erfolgreich und dann?

Sicher sind nicht alle Modellprojekte gleichermaßen erfolgreich. Aber auch ein erfolgreich abgeschlossenes Projekt ist keine Garantie für eine Weiterförderung. Häufig sind es nämlich die Kommunen, die eine Weiterförderung leisten müssten, angesichts überall grassierender Sparhaushalte und Unterfinanzierung ein vergebliches Hoffen. Damit enden die ganzen mühsam aufgebauten Kontakte und Strukturen häufig wieder im Nichts bzw. in Form von Projektberichten und -evaluationen in den Aktenschränken der fördernden Behörde oder Stiftung. Viel sinnvoller wäre es – was nur teilweise geschieht - bereits vorab entsprechende Möglichkeiten einer Weiterförderung abzuklären und bereits bei der Projektauswahl mögliche Folgeförderer einzubinden.

Problemfelder von Modellprojekten

Ein fundierter Kritiker der „Modell-Projektitis“, Helmuth Schweitzer, zitiert das Bundesjugendkuratorium, das feststellte „dass der Modellbegriff immer dann angewandt wird, wenn ein Sachverhalt nicht hinreichend geklärt, eine öffentliche Förderung nicht möglich oder eine tiefgreifende Änderung der Bedingungen und Organisationsstrukturen nicht gewollt wurde, obwohl die Notwendigkeit deutlich ist.“

Die Befristung der Laufzeit bringt vielfältige Folgeprobleme mit sich. Potenzielle kompetente Mitarbeiter werden, sofern sie eine feste Stelle haben, nicht auf eine befristete Stelle wechseln wollen, wenn nicht eine Fortsetzung der Förderung im Bereich des Möglichen scheint. Gleichzeitig bindet die Befristung gehen Ende des Projekts die Konzentration der Mitarbeiter auf mögliche Folgeprojekte bzw. -finanzierungen. Während in der Anfangsphase viel Zeit in den Aufbau gesteckt wird, ist in der Abschlussphase die Abwicklung bzw. Weiterfinanzierung im Fokus. Je kürzer die Projektlaufzeiten, desto kürzer wird die „eigentliche“ Zeit der Projektarbeit. Daneben besteht das Risiko bei den Projektträgern, dass aus der Aneinanderreihung von befristeten Projektarbeitsverhältnissen sukzessive ein Dauerarbeitsanspruch entsteht.

Neben der Bindung von Ressourcen in der Trägerverwaltung also Antragsstellung, Aufbau, Projektberichten, Evaluationen werden ebenso auf der Seite der Förderer Personalkapazitäten gebunden.

Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass sich die Geldgeber in stärkerem Maße austauschen und bereits frühzeitig Ideen entwickeln, wie positive Beispiele fortgesetzt werden können. Die Träger werden weiterhin Ausschau halten müssen nach anderen Finanzierungsquellen, um einerseits damit ihre bisweilen immer weniger geförderte laufende Arbeit mitzufinanzieren andererseits um auch die Chancen zu nutzen Neues auszuprobieren.

Dieter Harant (IBPro)

*Zitate aus Sozial Extra 7/8 „Praxis aktuell – Vom Modell lernen... Was bleibt von Modellprojekten“
ISSN 0931-279 X*

Finanzierung

Reinhard Mohn Preis 2011

Mit dem Reinhard Mohn Preis 2011 möchte die Bertelsmann Stiftung der Debatte um die Anforderungen und Handlungsmöglichkeiten für ein zukunftsfähiges demokratisches System neue Impulse geben. Hierfür wird weltweit nach interessanten und vorbildlichen Lösungsansätzen zur

Festigung und Stärkung der Demokratie gesucht. Der Reinhard Mohn Preis 2011 greift diese Herausforderungen auf und sucht nach Antworten zu folgenden Fragen:

1. Wie kann die Problemlösungsfähigkeit und Nachhaltigkeit von politischen Prozessen durch Beteiligung der Bürger verbessert werden?
2. Wie können neue Beteiligungsformen aussehen, die zu den veränderten Erwartungen an politische Teilhabe passen und die Menschen wieder erreichen?
3. Wie kann es uns gelingen, die Einbindung benachteiligter und bislang unterrepräsentierter Gruppen in politische Prozesse sicherzustellen?

Aus den eingegangenen Projektvorschlägen werden 20 Projekte ausgewählt; im Februar 2011 entscheidet dann ein Bürgerforum über den/die endgültige Preisträger/in. Die Preisverleihung findet im Juni 2011 statt.

Weitere Infos unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-7CC5713D-7069A938/bst/hs.xsl/101086_101097.htm

DenkT@g-Wettbewerb

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. ruft bereits zum sechsten Mal zu einem bundesweiten DenkT@g-Wettbewerb auf. Die Schirmherrschaft übernahm Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Anlass dieses Projektes ist der 1996 von Bundespräsident Roman Herzog initiierte Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des KZ Auschwitz. Gesucht werden Berichte, Aufsätze, Interviews und andere Projekte, welche sich unter dem Motto „Hinsehen, einmischen, mitmachen“ mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen. Die Wettbewerbsbeiträge sollen als Internetpräsentationen erstellt und gestaltet werden. **Bis 31. Oktober 2010** haben die Teilnehmer/innen Zeit, sich nicht nur intensiv mit den von ihnen ausgewählten Themen und Fragestellungen zu befassen, sondern ihre Beiträge auch kreativ und mediengerecht in Form von Internetpräsentationen zu erstellen.

Infos unter: <http://www.denktag.de/>

Nachrichten

Eckpunkte für Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung

Nach monatelangen Diskussionen hat sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition Anfang Juli auf Eckpunkte für eine Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verständigt. Kernstücke sind einkommensunabhängige Zusatzbeiträge sowie ein steuerfinanzierter Sozialausgleich. Außerdem soll der allgemeine Beitragssatz zur GKV um 0,6 Prozentpunkte angehoben werden. Der Arbeitnehmerbeitragsanteil zur Krankenversicherung wird hierdurch ab dem 1. Januar 2011 insgesamt 8,2 % betragen, der neue Arbeitgeberbeitragsanteil 7,3 %. Sie sollen auf diesem Niveau dauerhaft festgeschrieben werden, um zukünftig die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu entkoppeln.

Unvermeidbare Ausgabensteigerungen in der Krankenversicherung sollen künftig ausschließlich vom Versicherten (Arbeitnehmer) durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge finanziert werden. Jede Krankenkasse soll in Zukunft frei entscheiden können, in welcher Höhe sie einen Zusatzbeitrag von ihren Mitgliedern erhebt. Die Zusatzbeiträge sollen ab 2011 einkommensunabhängig nur noch als fester Euro-Betrag erhoben werden. Sie sind weiterhin von allen Mitgliedern in gleicher Höhe unabhängig von Gesundheitszustand, Alter und Geschlecht direkt an die jeweilige Krankenkasse zu zahlen.

Quelle: *summa summarum* 4/10

Meldepflichten des Arbeitgebers beim Minijob

Der Arbeitgeber hat jeden versicherungspflichtigen und jeden geringfügig Beschäftigten zu melden und den **Gesamtsozialversicherungsbeitrag** zu zahlen (§§ 28a, 28e SGB IV). Hieraus erwächst

für den Arbeitgeber die Verpflichtung, das Versicherungsverhältnis des jeweiligen Arbeitnehmers zu beurteilen, Beiträge zu berechnen und ggf. vom Arbeitsentgelt einzubehalten sowie an die Einzugsstelle abzuführen. (...) Nach § 8 Abs. 2 Nr. 7 Beitragsverfahrensverordnung sind folgende Erklärungen zu den Entgeltunterlagen zu nehmen:

- die Erklärung des kurzfristig geringfügig Beschäftigten über weitere kurzfristige Beschäftigungen im Kalenderjahr sowie
- die Erklärung des geringfügig entlohnten Beschäftigten über weitere Beschäftigungen und
- die Zusage des Beschäftigten, die Aufnahme weiterer Beschäftigungen dem Arbeitgeber anzuzeigen.

Die Dokumentation einer Erklärung des geringfügig entlohnt Beschäftigten wurde durch das 3. SGB IV Änderungsgesetz neu eingeführt. (...) Unter www.minijob-zentrale.de (Downloadcenter) wird ein Personalfragebogen für geringfügig Beschäftigte angeboten, in dem die notwendigen Angaben für eine versicherungsrechtliche Beurteilung abgefragt werden.

Quelle: *summa summarum* 4/10

Gesetzlicher Mindestlohn in der Pflegebranche ab 01.08.2010

Es gibt ab dem 1. August einen gesetzlichen Mindestlohn in der Pflegebranche. Der Pflegemindestlohn beträgt 8,50 EUR (West) beziehungsweise 7,50 EUR (Ost). Erhöhungen jeweils in Höhe von 25 Cent erfolgen ab Januar 2012 und ab Juli 2013. Dieser Mindestlohn ist künftig für alle in Deutschland in diesem Bereich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuhalten. Er gilt sowohl für inländische als auch für ausländische Pflegeunternehmen.

Der Pflegemindestlohn gilt in ambulanten, teilstationären oder stationären Pflegebetrieben. Er wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt, die überwiegend Grundpflegeleistungen wie Körperpflege, Ernährung und Mobilitätsübungen erbringen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende und Praktikanten, Hauswirtschaftskräfte und Demenzbetreuer.

Quelle: www.bundesregierung.de (27.07.2010)

Sozialkürzungen treffen besonders den Osten

Es ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Ostdeutschland gegenüber dem Westen benachteiligt sehen: Dem "Atlas der Sozialkürzungen" zufolge treffen in den Jahren 2011-2014 die Einschnitte bei Sozialleistungen im Rahmen des Sparpakets der Regierung vor allem den Osten der Republik.

Der „Armutsatlas“ ist einzusehen unter: <http://www.forschung.paritaet.org>

Aktuelle Rechtsprechung und Erlasse

Mittagsverpflegung durch Schulfördervereine begünstigt

Die Schülerverpflegung durch gemeinnützige Schulfördervereine ist unter den Voraussetzungen des § 4 Nr. 18 UStG umsatzsteuerfrei und unterliegt andernfalls einem Steuersatz von 7 %. (OFD Frankfurt a. M., Verfügung vom 22. Januar 2010, S7181 A-4-St 112)

Kollektiver Rücktritt des Vorstandes häufig unwirksam

Ein kollektiver Rücktritt aller Vorstandsmitglieder ohne ausreichende Vorkehrungen für eine künftige Organvertretung ist in der Regel treuwidrig und damit unwirksam. (OLG München, Beschluss vom 06. April 2010 – 31 Wx 170/09)

Alle Geschäftsführer haften für Kontrollsystem

Eine Aufgabenteilung zwischen mehreren Geschäftsführern reduziert nicht die gemeinsame Verantwortung für ein funktionierendes Kontrollsystem. (OLG Jena, Urteil vom 12. August 2009 – 7 U 244/07 (NZB zurückgenommen))

Quelle: *BFS-Info* 7/10, *Thomas von Holt, RA und Steuerberater*, www.vonHolt.de

8. Integrationsbericht der Bundesregierung liegt vor

Fortschritte sind laut Bundesintegrationsbeauftragtem Böhmer in den Bereichen Sprache, Bildung und Ausbildung zu erkennen. Dennoch zeigt sich auch in diesen Bereichen die Lage vieler MigrantInnen als weiterhin schwierig. Böhmer fordert daher eine Bildungsoffensive und individuelle Förderung junger MigrantInnen. Dabei sei eine bessere Unterstützung der Schulen durch die Länder dringend notwendig. Auch die Anstellung von LehrerInnen mit Migrationshintergrund sowie die Elternarbeit müsse gefördert werden. Wichtig sei die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu sichern, wobei sich Vielfalt auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln müsse.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/07/2010-07-07-ib-bericht.html>

GründerZeiten Nr. 55: Existenzgründungen im sozialen Bereich

Die Ausgaben dieser Publikationsreihe für Existenzgründer und junge Unternehmen gehen von bekannten Problemlagen aus, geben Hinweise und versuchen gleichzeitig, Lösungsmöglichkeiten für die Praxis aufzuzeigen.

Download unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=265728.html>

Nachhaltige Gesundheitsförderung

Die Beiträge dieses Buches skizzieren Leitkonzepte, auf denen aufgebaut werden kann, wenn nachhaltige Gesundheitsförderung zum Programm öffentlicher Gesundheitspolitik gemacht und in Städten und Gemeinden umgesetzt wird. Gesundheitsförder/innen, Sozialarbeiter/Innen und Stadtplaner/innen sowie Gesundheits- und Kommunalpolitiker/innen und engagierte Bürgerinnen und Bürger finden darin vielfältige Anregungen für das Engagement in ihrem Gemeinwesen.

Göpel, Eberhard / GesundheitsAkademie e. V. (Hrsg.): Nachhaltige Gesundheitsförderung. Gesundheit gemeinsam gestalten. Bd. 4, 2010, 368 S., 29,90 EUR, ISBN 978-3-940529-84-8.

Stiftungen und Engagementförderung

Das Forum Engagementförderung im Bundesverband Deutscher Stiftungen möchte ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Stiftungen, die bürgerschaftliches Engagement aktiv, strategisch und ausdrücklich fördern, eine Vernetzungsplattform bieten und zum fachlichen Austausch anregen. Darüber hinaus soll das Forum andere Stiftungen motivieren, die sich mit der Thematik Engagementförderung verbindenden Chancen wahrzunehmen. Als Auftakt seiner Arbeit hat das Forum eine Kurzstudie zur Engagementförderung durch Stiftungen in Deutschland vorgelegt.

Die Studie steht online als pdf-Datei zum Abruf bereit unter:

<http://www.koerber-stiftung.de/gesellschaft/forum-engagementfoerderung/studie.html>

Kurzstudie „Engagementförderung durch Stiftungen in Deutschland“

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen dokumentiert in einer Kurzstudie, dass rund 60 Prozent der Stiftungen bürgerschaftliches Engagement fördern. Demnach steht die „Mobilisierung zum Engagement“ vor der Förderung einer „Anerkennungskultur“ und dem Aufbau bzw. der Weiterentwicklung der Infrastruktur zur Engagementförderung.

Kostenloser Download der Studie unter: www.stiftungen.org/engagementfoerderung

Veranstaltungen

Tagung: „Die Zukunft der Bürgerbeteiligung“ in Loccum

Annähernd 50 Jahre nach dem Start einer breiten Diskussion und einer starken Forderung nach mehr »Demokratie von unten« will das »Forum für BürgerInnenbeteiligung und kommunale Demokratie« eine Zwischenbilanz ziehen und fragen, wo wir derzeit stehen und wohin die Zukunft der kommunalen Bürgerbeteiligung führt.

Es gilt zu klären, welche Wege in den nächsten Jahren beschritten, verbreitert oder vielleicht auch völlig neu angelegt werden sollten. Hierzu werden Experte/innen aus Bürgerschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen mit den Teilnehmer/innen unter anderem Fragen nach künftigen Einsatzfeldern, zukunftsfähigen Methoden, neuen Rollenbildern und aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen diskutieren. Das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« wendet sich an Interessierte aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, die eine bürgernahe, kommunale Demokratie mitgestalten wollen.

Termin: 24. - 26. September 2010 in Loccum

Weitere Infos unter:

<http://www.buergergesellschaft.de/aktuelles/veranstaltungskalender/106086/va/6823/>

Tagung „Fachforum Onlineberatung“ in Nürnberg

Psychosoziale Onlineberatung im deutschsprachigen Raum befindet sich in der Institutionalisierungsphase: Viele Träger der Sozialen Arbeit befinden sich mittlerweile mit einem eigenen Beratungsportal im Netz und bieten virtuelle Unterstützung für verschiedene Zielgruppen (z. B. Kinder und Jugendliche, Frauen, Paare, Familien) und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern (z. B. AIDS-Hilfe, Erziehungsberatung, Schuldnerberatung). Neben rein internetgestützten Beratungsformen hat sich eine Reihe von Beratungsangeboten entwickelt, die zwischen Onlineberatung und ftf-Beratung wechseln, je nach Nutzerbedarf und Konzept der Beratungsstelle. Veranstaltet wird das Fachforum Onlineberatung von der Studienwerkstatt Onlineberatung der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg.

Termin: 27./28. September 2010 in Nürnberg

Weitere Infos unter: www.ohm-hochschule.de/fachforum-onlineberatung

4. Netzwerk21 Kongress: Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise

Der Kongress stellt in diesem Jahr den Zusammenhang von Finanz- und Wirtschaftskrise, öffentlicher Daseinsvorsorge und nachhaltiger Entwicklung in den Mittelpunkt. Mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Forschung und lokalen Initiativen werden Strategien und Praxisbeispiele für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene diskutiert. In einem der Workshops wird das Projekt Nachhaltige Bürgerkommune Bayern (NENA) vorgestellt, in dem das Landesnetzwerk die Steuerung übernommen hat.

Termin: 11./12. Oktober 2010 in Nürnberg

Weitere Informationen zum Programm, Download Tagungsprogramm und Anmeldung unter:

<http://www.netzwerk21kongress.de/>

2. Fachkonferenz des Netzwerk Integration Bayern

Unter dem Motto „Praktische Ansätze kommunaler Integrationsarbeit – Netzwerke, Teilhabe und Dialog“ bietet die 2. Fachkonferenz des Netzwerk Integration Bayern Vorträge und open-space sowie Workshops zu den Themen „Interkulturelle Gärten“, „Interkulturelle Öffnung im Sport“, „Stadtteilmütter“, „Integration im Wohnumfeld“, „Bildungsnetzwerke“ u. a. an.

Termin: 20. Oktober 2010 in Nürnberg (Südpunkt Nürnberg)

Mehr Informationen demnächst unter: <http://www.net-in-bayern.de>

ConSozial 2010: Sozial wirtschaften – nachhaltig handeln

Das deutlich erweiterte Kongressprogramm widmet sich den Zukunftsaufgaben des Sozialen Sektors im Angesicht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Höhepunkte sind die Vorträge von Bundessozialgerichtspräsident Masuch und Erzbischof Marx.

In der Messe mit ca. 300 Ausstellern zeigt sich das ganze Spektrum des Sozialen: Hier finden Sie alles, was interessant, hilfreich und wissenswert für Ihren Berufsalltag ist. Das Jahresthema Ambient Assisted Living mit Sonderschau präsentiert, wie soziale Dienstleistungen und moderne Technologien intelligent verknüpft werden können. Im Forum Bildung und in der Job-Infobörse entwickeln Sie neue Berufsperspektiven.

Termin: 03./04. November 2010 in Nürnberg (Messezentrum)

Weitere Infos und Anmeldung: <http://www.consozial.de>

IBPro-Seminare

Neu: Abend-Veranstaltungsreihe **Vereins-Know-how** für Verantwortliche in Münchner Vereinen (ab dem 12.10.), Themen (Versicherungen, Finanzierungstipps, Unternehmenskooperationen u.a.) und Termine unter *Aktuelles* bei www.ibpro.de

Titel	Termine 2010	Kosten in €
SGB II – Grundlagen http://www.ibpro.de/cms/index.php?id=88,460,0,0,1,0	30. Sept.	100
Förderung durch die Öffentliche Hand / Online-Fundraising http://www.ibpro.de/cms/index.php?id=94,497,0,0,1,0	12. Okt.	125
Kommunikation in der Verwaltungsarbeit http://www.ibpro.de/cms/index.php?id=91,468,0,0,1,0	14. Okt.	95
Lösungen lauern überall http://www.ibpro.de/cms/index.php?id=88,477,0,0,1,0	14. - 15. Okt.	220

Nähere Information unter: www.ibpro.de oder Tel. (089) 47 50 61 (Frau Kochenburger).

In eigener Sache:

Die Mitgliederversammlung des IBPro e.V.

wird am 13.10.2010 um 18 Uhr in der Lindwurmstr 129 RG 5.St. stattfinden.

1. Protokollnachlese/Regularien
2. Geschäftsbericht 2008 / Planung 2009/2010
3. Revisionsbericht/Abschluss 2008
4. Wahl des Revisors
5. Sonstiges

Um Anmeldung bei Teilnahme wird gebeten (info@ibpro.de).

Der Vorstand